

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes für das laufende Jahr im März haben wir in der Plenarwoche im April einen weiteren Meilenstein der Legislaturperiode ins Parlament eingebracht: Mit dem neuen Kita-Gesetz schaffen wir die Grundlage für die Gebührenfreiheit an den niedersächsischen Kindergärten ab dem 1. August 2018 und damit eine große Entlastung für die Familien in unserem Land! Gleichzeitig erhalten die Kommunen einen fairen Ausgleich für die wegfallenden Elternbeiträge.



Johanne Modder, MdB

Obwohl es sicher nicht unsere Wunschkoalition war, funktioniert die Zusammenarbeit mit der CDU gut und wir können auf das bisher Erreichte stolz sein. Gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Stephan Weil sowie den SPD-Ministerinnen und Ministern werden wir in den kommenden Wochen und Monaten hart arbeiten und den Menschen in Niedersachsen zeigen, dass die SPD ihr Sorgen und Nöte ernst nimmt und an den Lösungen arbeitet. Wir sind die Niedersachsen-Partei und wir werden alles dafür tun, damit die Bürgerinnen und Bürger uns auch in Zukunft ihr Vertrauen aussprechen. ■

Aus dem Inhalt

- „Eine Riesenentlastung für Familien“ – Interview mit dem Sprecher für frühkindliche Bildung, Uwe Santjer, zum neuen Kita-Gesetz
- Der Niedersachsen-Plan für mehr Fachkräfte an unseren Kitas
- Drei Fragen zum europäischen Schwerbehindertenausweis an Hanna Naber, MdB
- Konferenz der AgrarsprecherInnen der SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Bundestagsfraktion: „Wir brauchen eine Neuausrichtung in der Landwirtschaftspolitik“

Impressum

Herausgeber:	SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag Hannah-Arendt-Platz 1 • 30159 Hannover SPDLTND@LT.Niedersachsen.de
E-Mail:	SPDLTND@LT.Niedersachsen.de
Internet:	www.spd-fraktion-niedersachsen.de
Facebook:	https://www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
V.i.S.d.P.:	René Kopka
Redaktion:	Eva Güntzel, Oliver Grimm und Christian Draheim
Satz und Layout:	Andreas Schneider
Fotos:	SPD-Fraktion; Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht

„Eine Riesenentlastung für Familien“ – Interview mit dem Sprecher für frühkindliche Bildung, Uwe Santjer, zum neuen Kita-Gesetz

TiL: Uwe, der Niedersächsische Landtag hat im April-Plenum über ein neues Kita-Gesetz für Niedersachsen beraten, was soll sich ändern?

Uwe Santjer: Mit dem neuen KitaG haben wir einen Meilenstein dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht. Die wichtigste Nachricht ist dabei die Gebührenfreiheit an den niedersächsischen Kindergärten ab dem 1. August 2018.

TiL: Inwiefern ist das ein Meilenstein?

Santjer: Wir haben in den letzten Jahren und auch während des Landtagswahlkampfes immer wieder ganz deutlich gesagt, dass der Zugang zu Bildung in Niedersachsen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf und deshalb mittelfristig für alle kostenfrei sein muss. Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir gemeinsam mit den Grünen einen ersten Schritt auf diesem Weg gemacht und die Studiengebühren abgeschafft – nun folgen die Kindergartengebühren.



Uwe Santjer, MdB

TiL: Wer profitiert von der Neuregelung?

Santjer: Jede Familie in Niedersachsen, die bisher Gebühren für den Kindergartenplatz ihrer Kinder zahlen musste, wird von der Neuregelung profitieren. Das ist eine Riesenentlastung für diese Familien – da geht es zum Teil um mehrere hundert Euro im Monat. Wenn man das ins Verhältnis beispielsweise zu Kindergeldhöhungen von 10 Euro pro Monat oder anderen Maßnahmen setzt, wird deutlich, was für eine Leistung wir an dieser Stelle erbringen.

TiL: Und was wird das kosten?

Santjer: Die finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt sind nicht gerade gering: Wir haben mit dem Nachtragshaushalt 2018 für das laufende Jahr rund 108 Millionen Euro für die Beitragsfreiheit bereitgestellt. Ab dem nächsten Jahr werden die Kosten nach den bisherigen Berechnungen auf über 300 Millionen Euro ansteigen und auch in Zukunft weiter aufwachsen. Diese Zahlen machen deutlich: Die Beitragsfreiheit ist eines der zentralen politischen Projekte dieser Wahlperiode, wir schütteln das nicht mal so eben aus dem Ärmel. Wir sind allerdings fest davon überzeugt, dass dieses Geld in die Bildung unserer Kinder bestens angelegt ist.

TiL: Es gibt in dieser Frage eine schwierige Debatte mit den Kommunen – was ist der Hintergrund?

Santjer: Die Kolleginnen und Kollegen auf der kommunalen Ebene haben die Sorge, dass wir in Hannover die Elternbeiträge für die Kindergärten abschaffen und sie am Ende diejenigen sind, die auf den Kosten sitzenbleiben. Diese Angst ist unbegründet, aber angesichts der Finanzlage einiger Kommunen nur verständlich. Wir haben jedoch gemeinsam mit unserem Kultusminister Grant Hendrik Tonne immer wieder darauf hingewiesen, dass die Kommunen einen fairen Ausgleich für die wegfallenden Elternbeiträge erhalten werden, und zu diesem Wort stehen wir.

TiL: Wie kann ein solcher Ausgleich aussehen?

Santjer: Der bisherige Verhandlungsstand sieht vor, dass sich das Land in einem viel höheren Maße als bisher an den Personalkosten der Kommunen für die Kinderbetreuung beteiligen wird. Dieser Beitrag soll in den nächsten Jahren schrittweise immer weiter angehoben werden, sodass die allermeisten Kommunen angemessen entschädigt werden. Für besonders hilfsbedürftige Kommunen soll es zudem eine Härtefallregelung geben. In dieser und anderen Fragen wird es weitere Verhandlungen zwischen dem Kultusministerium und den kommunalen Spitzenverbänden geben. Ich bin allerdings mehr als zuversichtlich, dass wir am Ende zu einer Vereinbarung kommen, mit der alle Beteiligten gut leben können.

TiL: Wie sieht es abseits der Gebührenfreiheit mit Investitionen in die Qualität der Kinderbetreuung aus?

Santjer: Die Gebührenfreiheit darf und wird nicht der letzte Schritt auf unserem Weg bleiben, das ist uns sehr bewusst. Wir wollen in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass sich der Betreuungsschlüssel – das heißt die Relation von Kindern zu Erzieherinnen und Erziehern in einer Gruppe – noch weiter verbessert. Wir werden in diesem Bereich weiter investieren und noch mehr Fachkräfte als bisher gewinnen müssen. Wir wollen, dass alle Kinder in Niedersachsen die bestmögliche Bildung und damit die größtmöglichen Chancen für ihren Lebensweg erhalten – dafür werden wir weiter kämpfen.



Der Niedersachsen-Plan für mehr Fachkräfte an unseren Kitas

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode sind wir unserer Verantwortung als Partei der Chancengerechtigkeit nachgekommen und haben den Ausbau der Kindertageseinrichtungen in Niedersachsen deutlich beschleunigt. Dabei haben wir schon vieles geschafft: Insgesamt haben wir 2013 und 2017 mehr als 7.000 neue Plätze an Kindertagesstätten und mehr als 12.000 an Krippen in Niedersachsen geschaffen. Hinzu kommen 1.600 neue Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher, damit unsere Kinder auch in Zukunft die bestmögliche Bildung, Erziehung und Betreuung erhalten können.

Mit der Einführung der Gebührenfreiheit an den Kitas zum 1. August 2018 haben wir einen weiteren großen Schritt für die Chancengerechtigkeit in unserem Land getan. Für uns ist es selbstverständlich, dass dieser Schritt von weiteren Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung flankiert werden muss. „Je früher Bildung beginnt, desto besser ist das für die weitere Bildungsbiografie unserer Kinder. Insofern kommt unseren Kindertagesstätten auch ein immer wichtigerer Bildungsauftrag zu, den wir aber nur mit ausreichendem und gut ausgebildetem Personal verwirklichen können“, so Stefan Politze, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Aus diesem Grund werden wir mit dem Niedersachsen-Plan bereits ab dem Schuljahr 2018/2019 eine Reform der Erzieherausbildung starten.



Stefan Politze, MdL

Chancengerechtigkeit und die Unabhängigkeit der Bildung vom Geldbeutel der Eltern sind ursozialdemokratische Themen. Um zu verdeutlichen, welchen Stellenwert das Thema Qualität in der Erzieherausbildung für uns Sozialdemokraten hat, haben wir die Aktuelle Stunde im Landtag dafür genutzt, für den Niedersachsen-Plan unseres Kultusministers Grant Hendrik Tonne zu werben.

Dieser Plan sieht unter anderem vor, noch in diesem Jahr bis zu 500 zusätzliche Ausbildungsplätze für sozialpädagogische Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen zu schaffen. Damit können neue Sozialpädagogische AssistentInnen, ErzieherInnen und HeilpädagogInnen ausgebildet werden. Zum anderen wollen wir, dass für SchülerInnen an Schulen in freier Trägerschaft der Berufsfachschule Sozialpädagogische Assistenz und der Fachschule Sozialpädagogik das Schulgeld vom Land übernommen wird.

„Wir stehen für einen freien Zugang zu Bildung – von der Kita bis zur Hochschule. Es geht um Klasse und Masse: Wir wollen mehr Interessierte, die engagiert auf hohem pädagogischen Niveau mit den Krippen- und Kindergartenkindern arbeiten. Es kann nicht sein, dass angehende Fachkräfte für die Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Kinder während ihrer Ausbildung auch noch Schulgeld aufbringen müssen“, so Stefan Politze.

Ein weiterer wichtiger Punkt zur Attraktivitätssteigerung in diesem so wichtigen Berufsfeld ist die Ausbildungsvergütung: Wir werden ermöglichen, dass die Ausbildung zum/zur Sozialpädagogischen AssistentIn und zum/zur ErzieherIn ab dem neuen Schuljahr auch in Teilzeit möglich ist. Durch den praktischen Einsatz in den Kindertageseinrichtungen neben der schulischen Ausbildung können die angehenden Sozialpädagogischen AssistentenInnen und ErzieherInnen eine Vergütung von den Trägern erhalten. Zudem wollen wir den Quereinstieg für Berufsgruppen wie Gesundheits- oder KinderkrankenpflegerInnen, HeilerziehungspflegerInnen oder LogopädenInnen erleichtern. Sie können zum neuen Schuljahr in die zweijährige Fachschule Sozialpädagogik aufgenommen werden.



Kultusminister Grant Hendrik Tonne

Wir werden die Ausbildung mit unserem Niedersachsen-Plan attraktiver machen und das Tätigkeitsfeld Kita für weitere hoch qualifizierte Fachkräfte öffnen. „Ich bin überzeugt, dass dies ein wichtiger Beitrag ist, um der steigenden Bedeutung

der frühkindlichen Bildung und dem steigenden Bedarf an Fachkräften nachkommen zu können“, so unser Kultusminister Grant Hendrik Tonne im Rahmen der Landtagsdebatte.



Drei Fragen zum europäischen Schwerbehindertenausweis an Hanna Naber, MdL

Hanna, du hast im Landtag einen europaweit gültigen Schwerbehindertenausweis gefordert – warum?

Bisher können Menschen mit Behinderungen Nachteilsausgleiche im EU-Ausland nicht generell nutzen, da der deutsche Schwerbehindertenausweis nicht automatisch in anderen EU-Ländern gültig ist. Menschen mit Behinderung haben dementsprechend keine Sicherheit darüber, welche Arten von Nachteilsausgleichen und Vergünstigungen für sie abrufbar sind. Für sie endet die Europäische Union quasi an der eigenen Staatsgrenze. Sie sind also nach hiesiger Gesetzgebung schwerbehindert und sie werden im europäischen Ausland im wahrsten Sinne des Wortes schwer behindert. Deshalb brauchen wir endlich einen europaweiten Behindertenausweis, um Menschen mit Behinderungen das Reisen zwischen den EU-Ländern zu erleichtern.



Hanna Naber, MdL

Was erhoffst du dir von einem europäischen Schwerbehindertenausweis?

Ein europaweiter Behindertenausweis kann mit Sicherheit nicht alle Probleme lösen, die sich z. B. aus der Unterschiedlichkeit nationaler Gesetzgebungen ergeben. Und er beseitigt schon gar nicht diejenigen Hürden, die aus einem beschränkten Menschenbild resultieren.

Ein europaweiter Behindertenausweis ist aber mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung, wenn wir daran festhalten, dass es keine Menschen zweiter Klasse gibt. Wir können nicht – zu Recht – die Freizügigkeit der Europäischen Union loben, wenn wir nicht gleichzeitig auch daran denken, dass wir keinen Menschen zurücklassen.

Wie unterstützt die SPD-Landtagfraktion das Vorhaben?

Inklusion ist keine Aufgabe, der wir uns stellen können oder nicht – je nachdem, ob wir gerade Lust, Zeit und Geld dazu haben. Inklusion ist ein Menschenrecht. Hierfür zu kämpfen, ist ein Gebot der Zeit. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten betrachten es als unsere Pflicht, uns beim Bund dafür stark zu machen, dass Menschen mit Behinderung zukünftig auch ungehindert ins europäische Ausland reisen können.



Konferenz der AgrarsprecherInnen der SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Bundestagsfraktion

„Wir brauchen eine Neuausrichtung in der Landwirtschaftspolitik“

Im Rahmen einer zweitägigen Konferenz haben die agrarpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Bundestagsfraktionen am 12. und 13. April 2018 Leitlinien für eine sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik festgelegt. Die Ergebnisse der intensiven Debatten wurden in der „Hannoverschen Erklärung“ festgehalten, die klare politische Forderungen unter anderem in den Bereichen Agrarförderung, Digitalisierung sowie Umwelt- und Tierschutz enthält.

Karin Logemann, Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen und Gastgeberin der Veranstaltung im Niedersächsischen Landtag, erklärte dazu: „Wir haben es in den diesen zwei Tagen geschafft, die mitunter unterschiedlichen Interessen der einzelnen Bundesländer zusammenzubringen und mit der ‚Hannoverschen Erklärung‘ den Grundstein für eine Neuausrichtung der deutschen Landwirtschaftspolitik mit klarer sozialdemokratischer Handschrift zu legen. Dafür möchte ich mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz herzlich bedanken.“

Dr. Matthias Miersch, stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion mit Zuständigkeit für Umwelt und-Landwirtschaftspolitik: „Die Agrarpolitik in Deutschland und Europa befindet sich im Umbruch. Wir wollen, dass die Landwirtschaft der Zukunft nicht von einzelnen Großkonzernen beherrscht wird. Wir werden uns deshalb auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass auch kleine, familiengeführte Betriebe eine Chance haben, auskömmlich zu wirtschaften. Deshalb müssen auch der Erhalt und der Schutz von öffentlichen Gütern mit öffentlichen Geldern aus dem EU-Haushalt gefördert werden und nicht nur Eigentum und Fläche.“



Rainer Spiering, agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ergänzte: „Den Trend zur Zentralisierung von Marktmacht sehen wir im Bereich der Landwirtschaft auf allen Ebenen und deshalb müssen wir hier dringend zu regulatorischen Maßnahmen kommen. Das gilt insbesondere auch für den Bereich der Digitalisierung der Landwirtschaft. Wir werden es nicht hinnehmen, dass einzelne Agrar- und -Technologiekonzerne die alleinige Macht über sensible landwirtschaftliche Daten erhalten, und fordern deshalb von Bundesministerin Klöckner endlich die angekündigte Einführung einer Stabsstelle für Digitalisierung im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.“

Die SPD-Bundespolitiker betonten: „Ministerin Klöckner muss endlich liefern. Es reicht nicht mehr, allerorten vollmundige Ankündigungen zu machen. Die Umbrüche in der Landwirtschaft wurden vom BMEL in den letzten Jahren eher staunend bewundert als aktiv gestaltet, und damit muss nun Schluss sein.“

Mit Blick auf den zuletzt öffentlich debattierten Tierschutzplan für Niedersachsen betont Karin Logemann: „Auch auf unserer Konferenz waren wir uns einig, dass der Tierschutz eine entscheidende Rolle für die Akzeptanz von landwirtschaftlicher Betätigung spielt. Wir werden die inhaltlichen Ansätze des Tierschutzplans für Niedersachsen weiterführen und fordern auch auf Bundesebene eine entsprechende Nutztierstrategie, die das Tierwohl deutlich besser schützt als bisher.“

Link zur „Hannoverschen Erklärung“